

Niederschrift

der VII/23. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, dem 8. Februar 2007
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungspause: 19:40 bis 19:50 Uhr –vor Beschlussfassung Haushaltssatzung
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Sitzungsort: Kleiner Saal der Stadthalle in Schmallenberg

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Bernhard Halbe

Stadtvertreter

Dietmar Albers
Herbert Berls
Hans Georg Bette
Horst Broeske
Alfons Brüggemann
Brigitte Brüggemann
Andreas Deimann
Willi Ewers
Hermann-Josef Falke
Ralf Fischer
Michael Franke
Hubertus Guntermann
Josef Henke
Thomas Hochstein
Josef Hoffmann
Franz-Josef Klauke
Werner Kranefeld
Ursula Mönig
Manfred Ochsenfeld
Josef Peitz
Anne Plett
Ludwig Poggel
Hubert Pröpper
Uwe Rothe
Günther Schauerte
Gerhard Schmidt
Karl-Heinz Schmidt
Wolfgang Schürmann
Günter Schütte
Hermann-Josef Silberg
Paul Soemer
Stefan Sporing
Meinolf Sternberg
Werner Voss
Gerlind Wangermann

Von der Verwaltung

Beigeordneter Burkhard König
 Stadtoberverwaltungsrat Hans Robert Schrewe
 Stadtamtsrätin Nicole Mette

- zu TOP 4, 6 u. 7 (neu)

Schriftführer

Stadtangestellter Josef Hiltcher

Entschuldigt fehlen

Ralf Brune
 Ruth Linn
 Wilfried Welfens

Zur Tagesordnung stehen:

A. ÖFFENTLICHER TEIL

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1. | Einführung eines neuen Ratsmitgliedes | Vorlage VII/636 |
| 2. | Einwohnerfragestunde | |
| 3. | Feststellung des Jahresabschlusses für den Eigenbetrieb "Stadtwerke Schmallenberg" - Betriebszweige Wasserversorgung, Stadtentwässerung und Bürgerbusverkehr - für das Wirtschaftsjahr 2005 | Vorlage VII/627 |
| 4. | Forstwirtschaftsplanentwurf 2007 für den Stadtwald Schmallenberg und den Ortswald Nordenau | Vorlage VII/574 |
| 5. | Wirtschaftsplanentwürfe der Stadtwerke Schmallenberg - Betriebszweige Wasserversorgung, Stadtentwässerung und Bürgerbusverkehr - für das Wirtschaftsjahr 2007 | Vorlage VII/575 |
| 6. | Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2007 und Beschluss
a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007
b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2008 - 2010
c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007 | Vorlage VII/630 |
| 7. | Änderung des Betriebsführungsvertrages mit der Akademie Bad Fredeburg Bewirtschaftungsgesellschaft mbH | Vorlage VII/629 |
| 8. | Abschluss eines neuen Betriebsführungsvertrages mit der SauerlandBAD GmbH | Vorlage VII/631 |
| 9. | Übernahme einer Wegeteilfläche im Stadtteil Menkhausen von der Teilnehmergemeinschaft Berghausen durch die Stadt Schmallenberg und Änderung des Flurbereinigungsplanes Berghausen vom 06.05.1971 - 21 62 01 -;
- Satzungsbeschluss | Vorlage VII/615 |
| 10. | Nachbesetzung in Ausschüssen und Drittorganisationen | Vorlage VII/637 |

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 11. | Geplanter Galerieanbau am Westfälischen Schieferbergbau- und Heimatmuseum Holthausen | Vorlage VII/595 |
| 12. | Vergabe einer Straßenbezeichnung im Stadtteil Fleckenberg
- Baugebiet "Am Schede" | Vorlage VII/626 |
| 13. | Verschiedenes | |

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

1. Verschiedenes

Bürgermeister Halbe eröffnet die heutige Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt sodann die frist- und formgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Zum Totengedenken erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Am 22. Januar verstarb im Alter von 64 Jahren Herr Werner Onkelbach aus Bad Fredeburg.

Mit der Wahl zur Stadtvertretung im Jahre 1975 gehörte der Verstorbene bis 1994 dem Rat der Stadt Schmallenberg an. In der nahezu zwanzigjährigen kommunalpolitischen Tätigkeit hat Werner Onkelbach mit der ununterbrochenen Mitgliedschaft im Haupt- und Finanzausschuss, 15 Jahre als Vorsitzender des Jugend- und Sportausschusses, die Arbeit in weiteren Ausschüssen und Gremien sowie zwei Wahlperioden in der Funktion eines stellvertretenden Bürgermeisters die Entwicklung der neuen Stadt Schmallenberg in entscheidenden Positionen mitgeprägt.

Bürgermeister Halbe dankt Werner Onkelbach für seine kommunalpolitische Arbeit, die ihm ein ehrendes Andenken sichert.

Zur **Tagesordnung** gibt der Bürgermeister bekannt:

Für die Haushaltsplanberatung wurden mit Schreiben vom 05.02. Ergänzungsblätter zu den Vorlagen VII/630 (Haushalt) und VII/463 (Eröffnungsbilanz) nachgereicht.

Verkürzung der Tagesordnung

TOP 1 ist abzusetzen, da Herr Welfens wegen Krankheit zur heutigen Sitzung verhindert ist.
- Ein Beschluss hierzu ist entbehrlich

Zu **TOP 4 Forstwirtschaftsplanentwürfe** wird vorgeschlagen, den Punkt abzusetzen bzw. zu vertagen, da die vorliegenden Wirtschaftspläne durch „Kyrill“ nur noch Makulatur sind.
- Dem Vorschlag stimmt der Rat einstimmig zu.

Ergänzungsvorschläge bzw. –anträge

Lt. Absprache im **Haupt- und Finanzausschuss** soll folgender Punkt zusätzlich behandelt werden:

Beschluss einer Resolution an das Land NRW zur Unterstützung bei der Sturmschadenbewältigung

Der Resolutionsentwurf ist den Fraktionsvorsitzenden vorab zugegangen und liegt den Ratsmitgliedern für die Beschlussfassung als Tischvorlage vor.

Der Punkt wird einstimmig in die Tagesordnung aufgenommen und im Anschluss an die Einwohnerfragestunde behandelt.

Von der **Verwaltung** wurde mit Schreiben vom 06.02. unter Beifügung der Vorlage VII/639 vorgeschlagen, im öffentlichen Teil ergänzend noch folgenden Punkt zu behandeln:

Vergabe von Straßenbaumaßnahmen

- Übertragung der Vergabezuständigkeit auf den Technischen Ausschuss

Die Ergänzung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Von der **SPD-Fraktion** ist der Antrag eingegangen, folgenden Punkt in die öffentliche Tagesordnung der Sitzung aufzunehmen:

Einrichtung eines Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Strukturförderung und Stadtmarketing

Den Antrag haben die Ratsmitglieder ebenfalls mit Schreiben vom 06.02. erhalten.

Der Rat beschließt mehrheitlich, den Punkt zur Tagesordnung zu nehmen.

Die beiden letztgenannten Punkte werden nach TOP 12 in die Tagesordnung eingefügt.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Einführung eines neuen Ratsmitgliedes

Vorlage VII/636

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zurückgestellt, da Herr Welfens wegen Krankheit zur heutigen Sitzung verhindert ist.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Entwässerung Baugebiet „Am Schede“ mit Anschluss an den Verbindungssammler, Ausbau der Straße „Auf dem Ohl“ in Fleckenberg

Es meldet sich Herr Michael Rörig, Fleckenberg, Anlieger der Straße „Auf dem Ohl“, mit Anmerkungen und Fragen zur Entwässerung des Baugebietes „Am Schede“ mit Durchleitung durch die Wiese seiner Eltern zwecks Anschluss an den Verbindungssammler und der in diesem Zusammenhang stehenden BauGB-pflichtigen Straßenausbaumaßnahme „Auf dem Ohle“.

Zu den Anmerkungen und Fragen wird von Bürgermeister Halbe und Beigeordneten König Stellung genommen. Herr Halbe bietet abschließend für evtl. weitere Fragen an, diese im Rathaus zu besprechen zu können.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, zu Beginn der Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung wieder eine Einwohnerfragestunde aufzunehmen.

TOP 3 Beschluss einer Resolution an das Land NRW zur Unterstützung bei der Sturmschadenbewältigung

Die Tagesordnung wurde zu Beginn der Sitzung um diesen Punkt ergänzt und der den Fraktionsvorsitzenden zwecks Abstimmung vorab zugeleitete Resolutionsentwurf als Tischvorlage verteilt.

Herr Halbe verweist kurz auf die Darstellung im HFA zu den Schadensereignissen.

Nach Meinung von Herrn Peitz wäre die Resolution nicht stark genug formuliert. Der Ministerpräsident sollte aufgefordert werden, sich hier vor Ort mal kundig zu machen. Herr Poggel merkt hierzu an, dass das ja geschehen sei, aber man finde nicht immer Gehör. Herr Halbe schlägt vor, ergänzend zur Resolution den Ministerpräsidenten anzuschreiben und anzubieten bzw. erwarten, dass er in die Krisengebiete aufbricht.

Die Stadtvertretung verabschiedet einstimmig die Resolution an das Land NRW zur Unterstützung bei der Sturmschadenbewältigung in der vorgelegten Fassung.

TOP 4 Feststellung des Jahresabschlusses für den Eigenbetrieb "Stadtwerke Schmallenberg" - Betriebszweige Wasserversorgung, Stadtentwässerung und Bürgerbusverkehr - für das Wirtschaftsjahr 2005

Vorlage VII/627

Der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Werksausschuss.

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Einstimmiger Beschluss:

Der Abschluss des Wirtschaftsjahres 2005 wird mit den Endziffern der Gesamtbilanz von **34.206.552,27 €** und dem Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von **124.261,96 €** festgestellt.

- Betriebszweig Wasserversorgung:

Der Jahresfehlbetrag 2005 in Höhe von **109.724,37 €** ist auf das Wirtschaftsjahr 2006 vorzutragen.

- Betriebszweig Stadtentwässerung:

Der Jahresüberschuss 2005 in Höhe von **235.189,90 €** ist auf das Wirtschaftsjahr 2006 vorzutragen.

- Betriebszweig Bürgerbusverkehr:

Der Jahresfehlbetrag 2005 in Höhe von **1.203,57 €** ist auf das Wirtschaftsjahr 2006 vorzutragen.

C) Betriebszweig Bürgerbusverkehr:

1. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2007 wird wie folgt festgesetzt:
 - a. Ergebnisplan
Der Ergebnisplan schließt ab mit einem Jahresergebnis von -450 €.
 - b. Finanzplan
Der Finanzplan schließt ab mit einer Änderung des Bestandes an Finanzmitteln von -1.350 €.
2. Kredite werden nicht veranschlagt.
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 10.000 € festgesetzt.

TOP 7 Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2007 und Beschluss
a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007
b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2008 - 2010
c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007 **Vorlage VII/630**

Bürgermeister Halbe trägt einleitend vor, dass der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit seinen Bestandteilen und Anlagen für das Haushaltsjahr 2007 am 14.12.2006 von ihm in den Rat eingebracht wurde. Der Rat hat den Entwurf der Haushaltssatzung zur Beratung in die Bezirksausschüsse, Fachausschüsse sowie Fraktionen verwiesen. Diese Beratungen haben zwischenzeitlich stattgefunden.

Mit Vorlagen vom 26.01.2007 und 05.02.2007 (VII/630 einschließlich Ergänzung) wurde der Entwurf der Haushaltssatzung der aktuellen Entwicklung angepasst. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließt der Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2007 im

Ergebnisplan	mit Erträgen in Höhe von	38.064.016 €
	und Aufwendungen in Höhe von	38.988.094 €,
also einem Saldo von		-924.078 €
und im Finanzplan	mit Einzahlungen in Höhe von	39.162.008 €
	und Auszahlungen in Höhe von	40.638.790 €,
also einem Saldo von		-1.476.782 € ab.

Kredite für Investitionen sind nicht veranschlagt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird neu in Höhe von 10.000 € vorgeschlagen.

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans beläuft sich neu auf 924.078 €.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird unverändert mit 2.500.000 € vorgeschlagen.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2007

für die Grundsteuer A mit	190 v.H.
für die Grundsteuer B mit	370 v.H.
und für die Gewerbesteuer mit	400 v.H. vorgeschlagen.

Nach dieser einleitenden Darstellung bittet Herr Halbe die Fraktionsvorsitzenden, nun ihre Stellungnahmen zum Entwurf des Haushalts 2007 vorzutragen.

In der Reihenfolge der Fraktionsstärke tragen die Fraktionsvorsitzenden ihre Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf 2007 vor, beginnend mit Herrn Poggel für die **CDU-Fraktion**.

„Nach Jahren stagnierender oder gar sinkender kommunaler Einnahmen verspricht die konjunkturelle Entwicklung wieder mehr Geld in den kommunalen Kassen. Steigende Einnahmen aus Gewerbesteuer, Einkommensteuer oder auch Schlüsselzuweisungen sind die Stichworte. Natürlich wird mir der Kämmerer auch gleich die Risiken vorrechnen. Höhere Kreisumlage, Anhebung der Umsatzsteuer, sehr hohe Energiekosten, ständig wachsende Sozialausgaben und vieles mehr werden einen großen Teil der Mehreinnahmen fordern.

Lassen Sie mich auf die üblichen Schuldzuweisungen verzichten. Vieles haben Bürgermeister und Kämmerer seinerzeit zur Einbringung des Haushaltes gesagt, vieles scheint sich auch zu wiederholen. Was bleibt ist die Erkenntnis, eine solide, vor allem auch sparsame, Haushaltspolitik wird auch in Zukunft notwendig bleiben.

Meine Damen und Herren, wir verwalten das Geld der Bürgerinnen und Bürger! Schon deshalb war und ist für die CDU im Rat der Stadt Schmallenberg eine solide Haushaltspolitik ein Eckpfeiler ihres politischen Handelns. Die CDU war und bleibt der Garant für eine an den Einnahmen orientierte Ausgabenpolitik. Unsere Antwort auf drastisch rückläufige kommunale Einnahmen waren schmerzliche, aber notwendige Einsparungen, dokumentiert mit dem Haushaltsstrukturkonzept. Trotz Zustimmung zu diesem Konzept haben Sie, meine Damen und Herren der anderen Fraktionen, dieses in den meisten Einzelfragen nicht mitgetragen.

Die Handlungsnotwendigkeit erkennen, den Umsetzungswillen mit der Zustimmung zum Haushaltsstrukturkonzept gegenüber Bürgern und Wählern zum Ausdruck bringen, ist eine Sache, aber im konkreten Fall doch anders entscheiden: das ist nicht ehrlich, ja, das macht sie auch unglaublich gegenüber unserem Bürger und Wähler.

Trotz aller Sparsamkeit haben wir die Entwicklung unserer Stadt nicht vernachlässigt. Der Vergleich der Städte und Gemeinden zeigt dies sehr deutlich, dass wir im Gegenteil hiermit sehr gut damit gefahren sind. Wir können uns als Stadt Schmallenberg auf eine überaus intakte Infrastruktur freuen. Von den Straßen, den Dorfplätzen, dem inzwischen weitestgehend abgeschlossenen Umbau des historischen Stadtkern Schmallenburgs, dem flächendeckenden Kanalnetz oder den gut ausgestatteten Schulen und Kindergärten, aber auch von mustergültig hergerichteten Schützenhallen, Vereinsheimen und vielem mehr könnte ich hier berichten. Oft haben wir dies nicht allein gemacht; wir haben nach Möglichkeit die Bürger einbezogen. Bürgerschaftliches Engagement war die Grundlage unseres Handelns. Aktuelles Beispiel ist die Entscheidung über den Bau von Kunstrasenplätzen. Mit Arpe-Kückelheim werden wir in 2007 beginnen und gemeinsam mit dem Sportverein den ersten Kunstrasenplatz bei fairer Aufgabenverteilung bauen.

Besonders stolz sind wir auf die Schmallenger Familienkarte und die zugeordneten Gutscheine. Handel, Vereine und Stadt leisten hier gemeinsam einen Beitrag zur Förderung der Familien, der seines Gleichen sucht. Ich zumindest kenne keine Stadt, die als freiwillige Leistung 200.000 € für Familien, Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt.

Das Interesse anderer Städte und Gemeinden bestätigt immer wieder das Besondere dieser Karte. Allerdings scheint mir dieses deutlich stärker zu sein als die Akzeptanz hier im Rat.

Man hat erkannt, dass wir mit den Gutscheinen einen völlig neuen, modernen Förderweg beschreiten. Neben der Entlastung der Familien setzen wir einen besonderen Anreiz, Kinder

und Jugendliche verstärkt zu sinnvollen Freizeitaktivitäten anzuhalten. Ob im sportlichen, musischen oder kulturellen Bereich, ob Hausaufgabenhilfe, Musikschule oder Jugendarbeit, die Gutscheine ermöglichen eine Vielzahl unterschiedlichster Aktivitäten. Das Besondere besteht darin, dass Familien, Kinder und Jugendliche eigenverantwortlich über den Einsatz entscheiden können. Ganz nebenbei fördern wir auch die Vereine. Etwa 75.000 € waren es in 2006. So viel städtisches Geld ist zu keiner Zeit an Vereine geflossen!

Ich darf es noch einmal wiederholen, Gutscheine für Schulbücher und Klassenfahrten passen nicht in dieses System. Das Ziel, Hinführung der Kinder und Jugendlichen zu sinnvollen Freizeitaktivitäten, würde dabei nicht unterstützt. Vielmehr besteht Sorge, dass aus finanziellen Erwägungen die Eigenverantwortlichkeit ein Stück weit verloren geht.

Eine Anmerkung hierzu: Lesen Sie sich einmal den Brief des Bürgermeisters an die betreffenden Familien durch. Darin wird der Sinn und Zweck sehr sachlich und auch für jeden verständlich dargestellt; von daher glaube ich, dass diejenigen, die es betrifft, nämlich unsere Familien, bei ihrem Verständnis sehr viel weiter sind, als wir hier im Rat.

Und deshalb, bei aller Diskussion um das Für und Wider haben Sie scheinbar eines vergessen: „Die Verwaltung der Gemeinde wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft – diese vertreten durch den Rat – bestimmt.“ Trotz aller Vorberatung durch Ausschüsse oder Arbeitsgruppen; der Rat entscheidet über alle ihm vorbehaltenen Angelegenheiten! Ihre über die Ratsentscheidung zu den Richtlinien der Familienkarte vorgebrachten Vorwürfe, ihre gespielte Enttäuschung, widerspricht eklatant diesem Verständnis.

Eine Ratsentscheidung kann nicht bei jeder Gelegenheit in Frage gestellt werden. Vielmehr wird von uns als Mitglieder des Rates zu erwarten sein, Ratsentscheidungen zum Wohle der Stadt zu vertreten. Auf jeden Fall widerspricht es der Treuepflicht, wenn zum Schaden der Stadt versucht wird, diese zu untergraben. Familienkarte, Andreas-Hermes-Akademie, aber auch Sport- und Vereinsförderung oder Kulturförderung sind Beispiele, die zeigen, dass Sie einmal nach demokratischen Regeln gefundene Entscheidungen nicht akzeptieren wollen. Es zeugt von mangelndem Demokratieverständnis, wenn Sie, insbesondere meine Herren der BfS, eine nach vielen Gesprächen im Sommer diesen Jahres hier im Rat beschlossenen Lösungen zur Sportförderung oder auch Kulturförderung heute erneut geändert wissen wollen.

Ihr Verhalten zur Andreas- Hermes-Akademie will ich erst gar nicht näher erwähnen. Allerdings ist es auch meine Hoffnung, dass auch Sie, aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten, alsbald zur Einsicht kommen werden. Insgesamt halte ich dies für reinen Populismus.

Besonders kritisch sehe ich es, wenn über Leserbriefe einem Fraktionsmitglied der CDU sein Recht, Anträge zur Geschäftsordnung des Rates zu stellen, abgesprochen wird. Und das verbunden mit dem Hinweis auf seine Neutralität im Berufsleben. Herr Klauke, und da muss ich Sie schon persönlich ansprechen, so etwas hat es bei uns im Rat noch nie gegeben. Ich würde mich für diese Entgleisung entschuldigen. Anstatt einen Sturm der Entrüstung anzufachen, bitte ich Ratsentscheidungen zu akzeptieren!

Dies ist das Stichwort, sich einem wirklichen Sturm zuzuwenden. „Kyrill“ hat in Südwestfalen, auch in Schmallenberg, einen nicht abschätzbaren Schaden angerichtet. Materieller Schaden in Form zerstörter Wälder, in Mitleidenschaft genommener Straßen, Hinweisschilder, touristischer Einrichtungen und vielem mehr. Das ganze Ausmaß der Schäden wird erst in Wochen zu beziffern sein. Immaterieller Schaden vor allem durch den Ausfall des Waldes für Zwecke der Erholung, des Tourismus. Wir sichern allen Betroffenen unsere Unterstützung zu. Finanziell möchten wir als Sofortprogramm 100.000 € bereitstellen. Diese Mittel sollen vor allem dazu dienen, die touristische Infrastruktur möglichst schnell wieder aufzubauen und auch dem Imageschaden der Region entgegen zu wirken.

Der zweite Punkt betrifft das Thema Wirtschaftsförderung. Wenn auch die konjunkturelle Erholung ihren Weg nach Schmallenberg gefunden hat, die niedrige Arbeitslosenquote und

steigende Gewerbesteuer sind starke Indizien, wollen wir hier nicht nachlassen. Gemeinsam mit Stadtparkasse und Volksbank wollen wir zusätzlich aktiv werden und den Prozess weiter fördern. 50.000 € sollen hierfür bereitgestellt werden.

Natürlich könnte man, wie immer im Leben, mehr machen. Auch wir könnten lange Listen füllen. Aber solide Haushaltspolitik hat zur ständigen Aufgabe, knappe Finanzen und die Vielzahl der Aufgaben und Wünsche in Einklang zu bringen. Und dies bei erträglicher Belastung der Einwohner und Bürger mit Abgaben und ohne Verschiebung von Lasten auf zukünftige Generationen. Der schuldenfreie Haushalt, die im Vergleich niedrigen Steuern und Abgaben, der gute Zustand der städtischen Einrichtungen belegen, wir haben diesen Spagat geschafft – und – meine Damen und Herren – so soll es aus unserer Sicht auch bleiben! Letztlich muss alles vom Bürger bezahlt werden. Wie schwierig dies ist, werden Bürger direkt belastet, haben augenscheinlich auch Sie, meine Herren der BFS, inzwischen festgestellt. Im Wahlkampf Anliegerstraßen mit Golfplätzen vergleichen, aber dann im Falle beitragspflichtigen Straßenausbaus das Weite suchen, wie es z. B. in Oberkirchen geschehen sein soll. Einen beitragspflichtigen Straßenausbau zu verhindern, das ist schon bezeichnend. Wie viel einfacher ist es dagegen, die Aufstockung des Ansatzes für Große Straßeninstandsetzungen zu beantragen. Das kostet ja niemanden etwas – nur dem Steuerzahler – und das, obwohl Straßenbau ein Schwerpunkt des diesjährigen Haushaltes ist.

Ähnlich ist wohl auch der Vorschlag der SPD einzuordnen, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Etwa 200.000 € wären vom Steuerzahler aufzubringen. Was wollen Sie erreichen, Herr Falke? Wie im Jugendhilfeausschuss berichtet, besuchen alle Kinder des letzten Jahrgangs den Kindergarten. Über die am Einkommen ausgerichtete Staffelung der Kindergartenbeiträge zahlen sozial Schwache keine bis sehr niedrige Beiträge. Ich bin erstaunt. Oder ist auch hier Populismus und Stimmungsmache der wahre Beweggrund?

Die UWG hat wieder einen umfassenden Wunschzettel vorgelegt. Auf der Internetseite sich einer soliden Haushaltspolitik zu rühmen, aber jährlich wie auch in diesem Jahr auf vier Seiten einen breiten Strauß zusätzlicher Wünsche präsentieren, ich hätte ihnen etwas mehr Augenmaß gewünscht.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der NKF-Haushalt auf Basis der offenbar mit der Gemeindeprüfungsanstalt abgestimmten Eröffnungsbilanz bezieht über Abschreibung und andere Elemente den vollständigen Ressourcenverbrauch einer Periode ein. Ich erwähne das deshalb, weil unsere mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass wir auch dieses stemmen können.

Ich bin mir darüber hinaus sicher, dass wir alle, Rat, Bürgermeister, Kämmerer und Verwaltung es letztlich schaffen werden, wie in 2006 das geplante Ergebnis (rd. 1,6 Mio. strukturelles Defizit) deutlich – weit unter 1 Mio. € - zu verbessern. Das Ergebnis liegt noch nicht vor. Die CDU wird nach intensiver Beratung dem Entwurf des Haushaltes 2007 bei Ergänzung um die zwei vorgetragenen Punkte zustimmen.

Ich danke dem Bürgermeister, insbesondere auch dem Kämmerer und der Finanzabteilung für die geleistete Arbeit.“

Anschließend trägt Herr Berls die Stellungnahme und Anträge der **UWG-Fraktion** zum Haushaltsentwurf vor.

„Die Haushaltsplanberatung in diesem Jahr ist für Schmallenberg ungewöhnlich spät terminiert. Den Haushaltsplan haben wir in Schmallenberg fast immer im Dezember beschlossen. Aber die Ursachen liegen nicht bei der Verwaltung, sondern hier spielt Landes- und Bundespolitik mit den Steuerschätzungen eine wichtige Rolle. Weil reelle Zahlen zur Planung des Haushaltes vorliegen mussten, wurde der Haushalt relativ spät vorgestellt. Der Beratungszeitraum der Fraktionen war relativ lang vorgegeben und wurde entsprechend von

allen Gremien genutzt. Die UWG hatte ihre Beratung früh abgeschlossen und die Vorschläge für den Haushalt 2007 dem Bürgermeister und der Verwaltung rechtzeitig zukommen lassen.

Unsere Ziele und Wünsche, die wir zusammengestellt und formuliert hatten, mussten wir jetzt neu bewerten. Das, was für uns im Dezember 2006 noch wichtig war, ist jetzt teilweise zur Nebensache geworden.

Der Orkan „Kyrill“ hat in der Nacht vom 18. auf den 19. Januar unsere ganze Region, und somit auch dem Stadtwald Schmallenberg, schwerste Verwüstungen gebracht. Unser Landschaftsbild hat sich über Nacht verändert. Betroffen sind nicht nur die Menschen, die direkt vom Wald leben oder mit dem Wald zu tun haben, sondern auch viele, für die der Wald indirekt zum Lebensunterhalt beiträgt, z.B. der Tourismus.

Noch ist es zu früh, das ganze Ausmaß zu bilanzieren oder auch Vorschläge für ein danach aufzustellen. Der Vermögensverlust nur für die Stadt wurde von Ihnen Herr Bürgermeister Halbe mit ca. 2 Millionen € angegeben. Diejenigen aber, die mit der Beseitigung der Schäden betraut sind, z.B. der Stadtförster mit seinen Forstwirten, Forstunternehmer, Waldbesitzer usw., sollten, soweit als möglich, unsere Unterstützung erfahren, denn alle Waldbesitzer haben erhebliche Vermögensverluste erlitten. Die folgenden Wochen und Monate müssen dazu genutzt werden, die Schäden schnellstens aufzuarbeiten, damit der Rohstoff Holz noch mit einer möglichst hohen Wertschöpfung verkauft werden kann. Die nächsten Jahre werden uns dann aus finanzieller Sicht erheblich größere Sorgen bereiten. Die Neubegründung vieler Flächen, deren weitere Behandlung usw., wird den für den Wald zuständigen und verantwortlichen Personen neue Überlegungen abverlangen. Die Bedeutung des standörtlichen und die damit verbundene richtige Baumartenwahl, das Verhältnis von Laub-, Misch- und Nadelwald, also hin zu mehr Vielfalt, wird zukünftig auch aus den sich global entwickelnden Veränderungen noch stärker in die forstlichen Planungen unseres Stadtwaldes Einzug halten. Jetzt gilt es zunächst dem Wald- unser aller Wald- wieder eine neue Chance zu geben, wobei der Stadtwald, wie immer, eine Vorbildfunktion haben sollte. Deshalb haben wir vorgeschlagen, den Forstwirtschaftsplan im Bereich der Holzernte für das Jahr 2007 aufzuheben und nur die Aufarbeitung von Windwurf- und Windbruchholz als Planziel festzuschreiben. Das ist im HFA so vorgestellt worden und man hat über den Wirtschaftsplan nicht weiter beraten.

Das aktuelle Ereignis, der Orkan Kyrill, ist nur ein Vorbote für die Wetterkapriolen der kommenden Jahre. Das wirklich wichtige Thema für uns ist die Klimaerwärmung, die uns nach der jetzt vorliegenden neuesten Studie der UNO Klimakommission, zum Klima weltweit, für die nächsten Jahrzehnte ins Haus steht. Die allgemeine Erwärmung der Erde, das Ansteigen der Meeresspiegel, die steigende Anzahl der Orkane und die Starkregenereignisse die uns vorausgesagt werden und immer öfter eintreffen. Die Dürren in Europa, das völlige Abschmelzen der Gletscher in den Alpen und auf der ganzen Welt, all diese ganz konkreten Gefährdungen auch unserer Heimat, zwingen uns zum sofortigen Handeln. Schlagworte darüber haben wir genug in der Presse lesen können und wir alle haben die Umweltbelastungen aus den steigenden CO₂ Anteil ignoriert. Aber jetzt ist die Gefahr konkret, nicht erst für unsere Enkelkinder, sondern schon für uns selbst. Wir in Schmallenberg müssen endlich selbst etwas zum weltweiten Klimaschutz beitragen. Das heißt: wir müssen aktiv werden, noch in diesem Jahr müssen wir handeln und Geld für den Klimaschutz bereitstellen.

Der Haushaltsplan 2007 mit den Änderungen liegt uns vor und soll heute verabschiedet werden. Er sieht Zugriffe auf die Rücklagen vor. Der städtische Haushalt gilt, wenn man die Eigenbetriebe ausklammert, als ausgeglichen, aber nicht als schuldenfrei. Diese Kernaussage gibt uns Handlungsfreiheit für die wirklich wichtigen und zukunftsweisenden Entscheidungen. Die Stadt Schmallenberg mit großen eigenen Waldbeständen muss und sollte im Bereich Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernehmen und aktiven Klimaschutz betreiben. Dazu gehört auch der Einsatz von Holz zu Heizzwecken wie es in anderen Kommunen im Hochsauerlandkreis schon längst praktiziert wird. Das gleiche gilt für den Einsatz von Erdwärme. Die Argumentation, alternative Energien sind zu teuer, entsprechend der vorgestellten Studie,

zieht nicht mehr, denn Klimaschutz kostet vorerst Geld, macht sich aber später bezahlt und sichert das Überleben unserer Kinder und Kindeskinde. Um diese Aufgaben umsetzen zu können, sollten unsere Stadtwerke kurzfristig um den Betriebszweig Wärmeversorgung ergänzt werden. Wenn wir nur nach kaufmännischen Gesichtspunkten handeln, besteht die Gefahr, dass wir so lange nach diesen Vorgaben handeln bis die Geschäftsgrundlagen insgesamt weggefallen sind.

Dieser Haushalt birgt noch ein weiteres Risiko von ca. 1 Millionen €. Das Holz- und Tourismusinformationszentrum soll verkauft werden. Ein privater Investor, der an diesem Objekt Interesse hat und die notwendige Erweiterung schafft, wird dringend gesucht, denn der zusätzliche Raumbedarf muss für die verschiedenen Mieter an diesem Standort zur Verfügung gestellt werden. Es hat sich in Schmallenberg bewährt, den Forst und Tourismus gemeinsam unterzubringen, mittlerweile kommt noch der Bereich Holz dazu. Falls kein Investor gefunden wird fehlen uns die Einnahmen und wir können eventuell die Arbeitsplätze nicht in Schmallenberg halten. Deshalb werden wir auch hier zu neuen Wegen kommen müssen, wie der Gründung einer stadt-eigenen Gesellschaft für Bau und die Bewirtschaftung von Gebäuden. Wir wissen, dass es nicht ursächliche Aufgabe einer Kommune ist Gebäude zu Errichten und zu Bewirtschaften, aber wir müssen hier an die Arbeitsplätze und an den Bestand und die Weiterentwicklung im Bereich Holz denken. Denn Wirtschaftsförderung ist zwingend notwendig und kostet Geld, wobei wir auch bereit sein müssen, dafür Geld auszugeben.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen: Die Anzahl der Firmen und der Arbeitsplätze in Schmallenberg ist rückläufig. Die Wirtschaft in Schmallenberg kann die Bürger der Stadt nicht beschäftigen. Auch wenn die Statistik fast Vollbeschäftigung meldet. Unsere Jugend verlässt zur Ausbildung und zum Studium die Region und findet anschließend hier in Schmallenberg keinen Arbeitsplatz. Diese jungen Leute fehlen uns aber bei der gewünschten Entwicklung der Stadt. Weiter haben wir eine überdurchschnittliche Anzahl von Pendlern, die in den Nachbarkommunen ihren Arbeitsplatz gefunden haben. Wir müssen auch hier unserer Verantwortung nachkommen und aktive Förderung betreiben, wobei die Unterstützung der vorhandenen Firmen ebenfalls sehr wichtig ist. Im Haushaltsplan ist zu sehen, dass im kommenden Jahr viele Investitionen von der Stadt Schmallenberg getätigt werden sollen. Einerseits bedeuten sie hohe Ausgaben für die Stadt, andererseits sind dies notwendige Investitionsmaßnahmen an den städtischen Gebäuden, Straßen, Brücken und Liegenschaften, die damit der Werterhaltung und Wertsteigerung unserer Sachanlagen dienen. Diese Investitionen sind verbunden mit Arbeitsplätzen für viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und in der Region. Wir unterstützen diese Art der Wirtschaftsförderung zu diesem Zeitpunkt und in dieser Höhe ausdrücklich.

Der Haushaltsplan im neuen System zeigt an, welche Einnahmen und Ausgaben in den Produktgruppen bzw. Kontengruppen, d.h. für bestimmte Maßnahmen, also Kosten und Erlöse, tatsächlich entstehen. Unter Berücksichtigung der schwieriger gewordenen finanziellen Vorgaben können wir unsere Entscheidungen für oder gegen verschiedene Ausgaben treffen. Von der Einbringung des Haushalts im Rat bis heute hat sich die Unterdeckung im Haushalt der Stadt Schmallenberg um ca. 500.000 € erhöht. Die entsprechenden Ergänzungsvorlagen liegen uns vor. Die zu erwartenden Einnahmen sind, ohne die festen Größen wie Schlüsselzuweisung und andere Zuschüsse, wie in den vergangenen Jahren auch, geschätzt. Als stabile Größe hat sich auf der Einnahmenseite das Gewerbesteueraufkommen gezeigt, es hat sich zunehmend verbessert.

Trotz der aktuellen Zahlen aus dem Haushalt und den Daten zur demographischen Entwicklung müssen und wollen wir die Schwerpunkte bei unseren Beratungen zu Gunsten unserer Kinder und Kindeskinde ausrichten. Ein Kritikpunkt an die CDU: In den „Zwischentönen“ war zu lesen, die Schulen und Kindergärten zu reduzieren. Wir wollen nicht die Anzahl der Schulen und der Kindergärten reduzieren. Wir fordern die Verwaltung auf nach Wegen zu suchen die aufzeigen, dass alle Grundschulen und Kindergärten erhalten bleiben können. Wir erwar-

ten hier kreative Lösungen. Es sind die notwendigen Verhandlungen mit der Aufsichtsbehörde zu führen. Wir wollen hier nicht nur nach kaufmännischen Gesichtspunkten handeln. Denn die demographischen Daten werden jedes Jahr neu erhoben und können sich ändern. Wir haben natürlich auch gelesen, dass in Schmallenberg weniger als 200 Kinder geboren wurden.

Eine weitere Forderung der UWG ist die Einstellung eines Schulsozialarbeiters für die Schmallenger Schulen als Präventivmaßnahme. Das ist eine Forderung der UWG, die in anderen Kommunen schon längst in Angriff genommen wurde. Unsere Begründung für diese Forderung ist ihnen hinlänglich bekannt. Die Kosten werden bei bestimmten Rahmenbedingungen vom Land übernommen.

Die UWG fordert schon seit Jahren, dass in jedem Ort ein Spielplatz für ältere Kinder angelegt wird. Aber durch den Sparzwang der Stadt Schmallenberg beim Jugendamt bleibt es bei der Minimaleinrichtung der Spielplätze.

Wir haben gemeinsam das Haushaltsstrukturkonzept beschlossen. Die daraus folgenden Einsparungen in Höhe von ca. 1 Millionen Euro, die beschlossen wurden, sind nicht erreicht worden.

Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeitern der Stadtverwaltung mit unserem Bürgermeister Herrn Halbe an der Spitze für die geleistete Arbeit danken.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
lassen Sie mich nun noch einige Bemerkungen zum Haushaltsplan 2007 machen.

Ein kommunalpolitisches Betätigungsfeld sieht die UWG in dem Leerstand vieler Geschäfte in den Kernbereichen von Schmallenberg und Bad Fredeburg. Wirtschaftsförderung ist auch hier ein Kernbereich.

Das für uns alle wichtige Thema Umwelt war in den Ausschüssen und im Rat im letzten Jahr nicht mehr auf der Tagesordnung, mit Ausnahme Verleihung Klimaschutzpreis RWE. Vielleicht kann ja auch jemand in der Verwaltung mit dem Schwerpunktthema „Umwelt“ beauftragt werden.

Nun möchte ich Ihnen unsere Vorschläge zum Haushaltsplan 2007 vorstellen und erläutern:

1. Begrüßungsgeld für Neugeborene

Für jedes geborene Kind, dessen Eltern mit Erstwohnsitz im Stadtgebiet wohnen, soll ein Begrüßungsgeld in Höhe von 300 Euro als Starthilfe für die Eltern gezahlt werden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 90.000 Euro/Jahr. Mit dem Begrüßungsgeld für Neugeborene, das von Mitarbeitern des Jugendamts persönlich überreicht werden sollte, wird eine Broschüre mit Kurzinformationen über die Arbeit des Jugendamtes, über Elternberatung, Angebote der freien und der kommunalen Träger, Betreuungsangebote und ähnliches übergeben.

2. Erweiterung des Sauerlandbades um eine Rutsche

Hier haben wir unsere Meinung geändert und schlagen den Bau aus finanziellen und organisatorischen Gründen für 2008 vor

3. Behindertenlifter für SauerlandBad

Sollte eigentlich schon beim Bau berücksichtigt werden, ist aber immer noch nicht realisiert. Die Umsetzung wäre bei den jetzigen Renovierungsmaßnahmen sinnvoll.

(Kosten 2006 von ca. 5.000 Euro)

Durch diese Anschaffung wird es den Behinderten möglich, ohne Hilfe ins Becken zu kommen.

4. Aufstockung des alten Feuerwehrgerätehauses in Schmallenberg zu einer Mehrzweckhalle unter Einbindung von Jugendräumen (Jugendcafé)

Die Aufstockung und oder Erweiterung des alten Feuerwehrgerätehauses als Vereinszentrum entspricht auch unseren Vorstellungen. Dieses Objekt kann auch in 2008 in Angriff genommen werden, da wie vorgetragen andere Dinge vorgezogen werden müssen.

5. Ganztagsgrundschule finanziell attraktiver machen

Die Ganztagsgrundschule ist eingeführt. Leider sind es zu wenig Kinder die dies in Anspruch nehmen (18 in Schmallenberg). Hier wäre der Beitrag dazu neu zu überdenken, zu senken und sozial abhängig zu staffeln.

(Kosten ca. 5.000 Euro)

6. Kindergartenbeitrag vom Einkommen abhängig gestalten

Ich habe mir sagen lassen, die Beschlüsse für dieses Jahr liegen vor und das wäre ureigene Sache des Jugendhilfeausschusses.

7. Kurpark Schmallenberg erneuern

(Kosten ca. 3.000 Euro)

8. Bikepark für Kinder und Jugendliche

Die UWG fordert die Einrichtung eines Bikeparkes in einfacher Form für Kinder und Jugendliche (siehe Winterberg) und möchte kurzfristig die Standortfrage dazu geklärt wissen und den Bau noch im Sommer 2007 abschließen. Vorgeschlagen wird ein Standort an der Bahnradwegtrasse in der Nähe von Bad Fredeburg.

(Kosten ca. 5.000 Euro)

9. Förderung erneuerbarer Energien

Die UWG beantragt hier als Anschubfinanzierung einen Betrag von 30.000 € für eine parallele Untersuchung von Erdwärme in Bad Fredeburg und einer Holzheizung in Schmallenberg für die Schulen.

10. Weitere Kreisverkehre planen lassen oder mit veranlassen

11. Errichtung von öffentlichen Toilettenanlagen

(Kosten ca. 10.000 Euro)

Im weiteren Verlauf trägt Herr Klauke die Stellungnahme und Anträge der **BFS-Fraktion** zum Haushaltsentwurf vor, beginnend mit den Worten: **Neue Wege zu alter Stärke**

„Die Stadt Schmallenberg muss endlich zu alter Stärke zurückfinden und dazu bereit sein, wieder neue Wege zu gehen.“

Wir stellen zunehmend fest:

- eine Entfremdung der Bürger von der Politik, das Desinteresse wird immer größer
- immer mehr Entscheidungen gehen in die städtischen Gesellschaften
- Wir vermissen neue Ideen zur Weiterentwicklung von Schmallenberg, besonders der Dörfer.
- Politik muss wieder zum Anfassen sein
- Reduzierung und Zusammenlegung von Ausschüssen war ein Fehler, wir forderten schon 2004 einen Ausschuss für Touristik und Wirtschaft.
- Wir sollten sachkundige Bürger und vor allem die Jugend wieder an die Politik heranzuführen.

- Alle Parteien leiden unter Nachwuchsmangel.
- Der Einsatz aller Bürger ist gefragt.
- Die Stadt muss durch Unterstützung der Vereine das Ehrenamt fördern und die finanziellen Voraussetzungen schaffen, statt zu kürzen.
- Die Mitsprache der Bürger ist gefragt.
- Eine Unverständlichkeit war es, einen einstimmigen Beschlussentwurf des Arbeitskreises und des Jugendhilfeausschusses zur Familienkarte, im Rat mehrheitlich abzulehnen.

Unsere Forderungen:

Als ersten Schritt fordern wir die Einrichtung eines Jugendparlaments.

Weiterhin die Rückführung von Gesellschaften wieder in städtische Verantwortung. (Negativbeispiel: der Schnellschuss Eisbahn Sauerlandbad Bad Fredeburg).

Im Einzelnen müssen wir den **Tourismus wieder stärker fördern!** und vorläufig 100.000 € bereitstellen, wie bereits öffentlich gefordert.

Mehr und mehr zeigen sich die Katastrophenfolgen des Sturms Kyrill für den Fremdenverkehr und die Forstwirtschaft.

Wir freuen uns darüber und sind dankbar, dass auch andere Fraktionen unseren Vorschlag zur Unterstützung der touristischen Infrastruktur aufgegriffen haben.

Zur Familienkarte:

Die BFS war von Anfang an für die Familienkarte und für das Gutscheinsystem. Wir wollen die Öffnung auch für andere Möglichkeiten, wie schon in 2006 im Einzelnen ausgeführt (z. B. Erweiterung der Gutscheine für Schulbücher und Klassenfahrten an Schulen. Hier ist eine große Chance vertan!

Das Gutscheinsystem stellt keine spürbare Entlastung der Vereine dar! Es sind nur $\frac{3}{4}$ der Gutscheine eingelöst worden, davon ist etwa die Hälfte in die städt. Bäder geflossen

Und um auf Herrn Poggel zu antworten: Die BFS ist nach wie vor für die Familienkarte und das Gutscheinsystem; man wollte es nur erweitert haben. Die Medienberichterstattung von einem CDU-Mitglied war nicht richtig, die wollte die BFS richtigstellen.

Es müssen ganz besondere Initiativen zur Vermarktung des Holzgewerbepark unternommen werden. Wichtig ist, Standortnachteile auszugleichen und insbesondere Jungunternehmern finanzielle Hilfe bei der Ansiedlung ihrer Unternehmen zu bieten.

Die BFS bittet den Bürgermeister, ein Konzept für Vermarktungsstrategien zu entwickeln.

Wir schlagen vor:

1. Gewerbesteuer senken
2. Kaufanreize für Grundstücke
3. Zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung schaffen
4. Unbürokratische Hilfe bei Neuansiedlungswilligen

Große Instandsetzung von Straßen bleibt eine ständige Aufgabe.

Aufstockung um 50.000 €, wie im Investitionsplan 2006 auch beschlossen wurde.

200.000 € waren beschlossen, 150.000 stehen im Haushalt.

Andreas-Hermes-Akademie ist ein Fass ohne Boden! Unsere Befürchtungen zu den Folgekosten haben sich leider bestätigt. Wir lehnen deshalb jede weitere Investition grundsätzlich ab. Die Akademie muss wieder privatisiert werden.

Für das **Schieferbergbau-Museum Holthausen** brauchen wir eine langfristige Sicherstellung der Museumsbetreuung. Wie soll die Betriebsführung und personelle Ausstattung langfristig gesichert werden? Das ist eine Frage an den Bürgermeister.

Vereinsförderung in Sport und Kultur

Die Sportförderungskürzung um 40 % ist unverantwortlich, den Vereinen wird die finanzielle Basis entzogen. Die Bedeutung der Vereine für die Stadt kann nicht oft genug hervorgehoben werden, sie sind wichtige Kulturträger, besonders in den Dörfern. Gestärkte Vereine sind die beste Jugendförderung! Wir fordern die Rücknahme der enormen Kürzungen.

Wenn wir auch nicht alle Einzelheit im Haushaltsplan befürworten können, stimmen wir, die BFS-Fraktion, dem Plan voraussichtlich zu.“

Abschließend folgt von Herrn Falke die Stellungnahme der **SPD-Fraktion** zum Haushaltsentwurf.

„Die letzten Wochen haben Spuren hinterlassen. Und dies nicht nur im Haushalt 2007 durch den Sturm Kyrill. Die dadurch angerichteten Schäden sind bezifferbar und teilweise durch Versicherungen abgedeckt. Ich möchte daher an dieser Stelle vorab allen städt. Bediensteten danken, die an jenem denkwürdigen Donnerstag und den darauf folgenden Tagen an Rettungseinsätzen beteiligt waren. Vor allem aber auch den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr.

Spuren haben aber auch andere Ereignisse hinterlassen. Die hier angerichteten Schäden sind kaum bezifferbar. Vielleicht waren das alles nur Ausrutscher. Vielleicht aber wird man in ein paar Jahren rückblickend feststellen müssen, dass das Jahr 2006 eine Zäsur mit sich gebracht hat. Eine Zäsur im Umgang miteinander innerhalb des Rates, aber auch im Verhältnis Rat und Verwaltung. Ich erspare mir tiefer gehende Ausführungen zu der Frage, inwieweit die Verwaltung spezielle Dienstleistungen für die CDU-Fraktion erbringt. Das ist als Thema eher eine Marginalie.

Gravierender sind die Geschehnisse rund um die letzte Diskussion beim Thema Gutscheine. Damit meine ich weniger das undemokratische Abwürgen der Debatte von Seiten der CDU-Fraktion. Das zeigt halt nur, wie wenig die CDU ihren eigenen Argumenten traut und daher genau weiß, dass sie eine Diskussion argumentativ nicht gewinnen kann. Der eigentliche Skandal liegt an anderer Stelle. Der liegt darin, dass sowohl der Ausschussvorsitzende als auch die CDU-Fraktion vollkommen Unbeteiligte für ihre innerparteilichen Machtspielchen missbraucht haben. Und anschließend hatte der Ausschussvorsitzende nicht den Mumm, den Mitgliedern der Arbeitsgruppe mitzuteilen, dass er in der CDU-Fraktion keine Mehrheit hat. Er ist stattdessen abgetaucht und hat die Mitglieder seines Ausschusses im Stich gelassen. Die Diskussion über die Gutscheine hat aber noch etwas anderes gezeigt und ist möglicherweise ein deutlicher Hinweis darauf, wie es um den Umgang der Verwaltung mit dem Rat bestellt ist. Diese Problematik ist im Tumult der letzten Ratsitzung etwas untergegangen. Wir waren doch sehr erstaunt zu hören, dass 2006 von Seiten der Verwaltung Gutscheine an Personen ausgegeben worden sind, die nicht bezugsberechtigt waren und dass Gutscheine eingelöst worden sind obwohl deren Verwendung erkennbar gegen die Richtlinien verstoßen hatte. Man mag das für eine Lappalie halten. Nur aus unserer Sicht kann es nicht angehen, dass der Rat Richtlinien verabschiedet und die Verwaltung sich darum überhaupt nicht kümmert.

Genauso wie es nicht angehen kann, dass der Rat den Haushalt verabschiedet und die Verwaltung dann einige Positionen einfach ignoriert, z. B. Schulentwicklungsplan.

Vor kurzem sind die Gutscheine für 2007 verteilt worden. Die Grundsteuerbescheide für 2007 wurden verschickt. Wie kann das eigentlich sein, da es doch noch keinen vom Rat verabschiedeten Haushalt gibt? Nun kann man das alles für Formalien halten.

Aber auch bei politischen Grundsatzentscheidungen versucht die Verwaltung den Rat zu umgehen. Auf diese Gefahr habe ich bereits vor einem Jahr hingewiesen. Die damalige Befürchtung hat sich bewahrheitet.

Zum Beispiel stand in der letzten Sitzung des HFA eine Verwaltungsvorlage auf der TO, in der es um die weitere Entwicklung im Bereich des Gesundheitstourismus ging. Nämlich darum, dass sich hierzu Schmallenberg mit anderen Nachbarkommunen zusammenschließen soll. Es wurde sogar schon ein detailliertes Positionspapier vorgelegt. Beschlussvorschlag: Der HFA nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Bis dahin war kein städtisches Gremium mit dem Thema befasst worden. Kein städtisches Gremium hatte je beschlossen so zu verfahren. Niemand hatte dem BM den Auftrag erteilt Verhandlungen mit Nachbarkommunen aufzunehmen. Wir denken daher dass es an der Zeit ist, deutlich zu machen, dass der Rat ein eigenständiges städtisches Gremium ist und dass die Entscheidungskompetenz gerade bei Grundsatzfragen allein beim Rat liegt. Bei der konkreten Vorlage waren wir uns zum Glück ja auch alle einig, dass das so nicht funktionieren kann. Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft als Rat das so handhaben werden. Im Übrigen hat sich da wieder einmal gezeigt, wie notwendig der entsprechende Fachausschuss gewesen wäre.

Ein paar Anmerkungen zu größeren Positionen im Haushaltsentwurf, nämlich AHA, Rutsche Sauerlandbad und Galerie für regionale Kunst.

AHA

Wir müssen als Fakt zur Kenntnis nehmen, dass CDU und UWG diesen Klotz der Stadt ans Bein gebunden haben. Daraus folgt, dass natürlich Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um das Gebäude zu erhalten. Eine andere Frage ist allerdings, was darüber hinaus notwendig ist. Es sollen in den nächsten Jahren mehrere hunderttausend € dort verbaut werden. Seit Jahren wird von uns ein Nutzungskonzept gefordert. Dies liegt nach wie vor nicht vor. Es gibt lediglich alle paar Monate eine Verwaltungsvorlage mit der Beschreibung des aktuellen Ist-Zustandes. Dieser wird bestimmt durch einen Geschäftsführer, dessen privater Betrieb in einer Konkurrenzsituation zur AHA steht und der daher natürlich ein Interesse an einer speziellen Ausrichtung hat. Alternativen sind nie konkret überprüft worden.

Damit das nicht falsch rüberkommt. Das ist überhaupt keine Kritik am Geschäftsführer, sondern an der CDU-Fraktion, die diesen einfach gewähren lässt und noch mit mehreren Hunderttausend € sponsern will.

Rutsche im Sauerlandbad

Hierfür standen bereits im Entwurf für 2006 Mittel zur Verfügung. Auf unseren Antrag hin wurde diese Haushaltsstelle erweitert in „Weiterentwicklung Sauerlandbad“. Denn die Frage Rutsche oder nicht, war zum damaligen Zeitpunkt nicht abschließend diskutiert worden. Beim Bau des Bades war bewusst auf eine Rutsche verzichtet worden. Nicht nur aus finanziellen Gründen sondern auch weil das Sauerlandbad ausdrücklich nicht als sog. Spaßbad konzeptioniert war und sich vom Angebot her gerade an Besucher richten sollte, denen die üblichen Spaßbäder zu laut und rummelig waren. Hierdurch sollte versucht werden, bei der großen Konkurrenz der Schwimmbäder ein Alleinstellungsmerkmal zu erreichen. Natürlich muss man im Laufe der Jahre untersuchen, ob die damalige Entscheidung richtig war oder ob sich nicht vielleicht die Rahmenbedingungen geändert haben und nunmehr eine andere Entscheidung notwendig ist. Dies ist von uns immer wieder gefordert worden. Gleichwohl hat diese Diskussion nicht stattgefunden. Daher waren wir sehr erstaunt aus der Zeitung zu erfahren, dass Geschäftsführung und Beirat des Sauerlandbades ohne eine Entscheidung der

zuständigen Gremien abzuwarten, sich einseitig auf eine Rutsche festgelegt haben. Es mag sein, dass eine Rutsche notwendig ist. Genauso kann es aber sein, dass der Schuss nach hinten losgeht. Wir werden natürlich mehr Kinder und Jugendliche als Besucher haben. Wir werden aber auf der anderen Seite eine nicht geringe Abwanderung bisheriger Nutzer z. B. in die Hotelschwimmbäder bekommen. Ich will hier abkürzen. Wir haben nichts gegen eine Rutsche. Nur, wenn wir uns in Richtung Spaßbad entwickeln, dann mit aller Konsequenz. Wenn wir das bisherige Betriebskonzept beibehalten wollen, dann auch mit aller Konsequenz. Nur eines geht nicht. Beides miteinander zu vermischen. Wer versucht, es allen recht zu machen, der macht im Ergebnis nichts richtig und keinem was recht.

Kunstgalerie

Das ist zwar nachher noch ein gesonderter Tagesordnungspunkt; gehört aber in die Diskussion zum Haushalt. Ich will ganz offen gestehen, dass wir uns sehr schwer damit tun. Natürlich ist ein Museum nichts Statisches sondern bedarf einer kontinuierlichen Fortentwicklung. Eine solche Fortentwicklung muss allerdings geplant sein und zwar im Zusammenspiel mit allen Beteiligten, also Museumsverein und Stadt. Was wir hier erleben, hat mit Planung nichts zu tun. Der Museumsverein nimmt beliebig alles an, was ihm angeboten wird. Und anschließend soll die Stadt die Zeche bezahlen, weil Ausstellungsfläche benötigt wird. Eine Erweiterung muss auch zum Bestehenden passen, oder aber man passt das Bestehende an die Fortentwicklung an. Hier passiert keins von beiden. Hier werden Dinge zusammengefügt, die nicht zusammen passen. Eine Kunstgalerie bedarf anderer Voraussetzungen, wie die Ausstellung ausgestopfter Tiere und selbstgebastelter Folterinstrumente und zielt erkennbar auch auf ein anderes Publikum. Viele Dinge sind noch vollkommen ungeklärt. Zum Beispiel, wer trägt das Risiko, wenn die Kosten höher werden als geplant? Die veranschlagten 300.000 € sind reine Bau- und Einrichtungskosten. Bis zur Eröffnung muss darüber hinaus aber noch eine Menge mehr passieren. In der Vorlage stehen ja einige Dinge drin. Was aber bezeichnenderweise nicht drinsteht: Was kostet das alles, wer macht's, und wer bezahlt's. Zur Zeit alles offen. Für eine Galerie regionaler Kunst gilt in noch höherem Maße, was ich bereits allgemein zu Museen gesagt habe. Nämlich die Frage der Fortentwicklung. Es reicht nicht aus, ein paar Bilder an die Wand zu hängen und das war es für die nächsten 10 Jahre. Es müssen Wanderausstellungen organisiert werden, es müssen Zukäufe getätigt werden etc. Was kostet das, wer macht's und wer bezahlt's? Zur Zeit alles offen. Wir wollen uns dem Thema „Galerie für regionale Kunst“ überhaupt nicht verschließen. Möglicherweise ist das in der Tat eine Lücke im bestehenden regionalen Museumsangebot. Möglicherweise ist auch der hier angedachte Standort der beste. Nur hier gilt dasselbe wie beim Sauerlandbad. Wenn man daran geht, dann mit aller Konsequenz, professionell und mit der gebotenen Ehrlichkeit bei den Finanzen. Und entsprechend müsste auch der Sperrvermerk im Haushalt aussehen.

Zum Abschluss ein paar Anmerkungen zu unseren Anträgen.

Wir haben uns für 2007 auf 3 Anträge beschränkt, dazu kommen noch 2 Anträge zum Investitionsplan. Ich beschränke mich hier auf die Anträge für 2007: 100.000 € zur Beseitigung der Sturmschäden an touristischer Infrastruktur, beitragsfreies letztes Kindergartenjahr, 10.000 € für die Einrichtung eines lokalen Bündnisses für Familien.

Zum ersten Punkt kann ich mir Ausführungen sparen. Hier dürfte zwischen allen Fraktionen Einvernehmen bestehen.

Für uns von zentraler Bedeutung ist das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr. Man sollte eigentlich darüber nachdenken, ob nicht Kindergärten generell beitragsfrei zu stellen sind. Denn es ist nicht nachvollziehbar, dass Schulen beitragsfrei sind, aber für den Besuch des Kindergartens bezahlt werden muss, obwohl hier schon wesentliche Voraussetzungen für den späteren Schulerfolg geschaffen werden. Gerade im Zusammenspiel von Kindergarten und Grundschule wird die Frage, was müssen die Kindergärten als Basis schaffen, in den

nächsten Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen. Wir müssen daher alles tun, dass Hemmnisse abgebaut werden, die Eltern davon abhalten können, ihre Kinder in den Kindergarten zu schicken. Nun ist uns natürlich klar, dass eine komplette Beitragsfreistellung ein enormer finanzieller Kraftakt wäre. Wir sind daher der Auffassung, dass wir mit einem beitragsfreien letzten Jahr anfangen sollten. Weil gerade in diesem Jahr wichtige Voraussetzungen für den Schulbesuch geschaffen werden.

Bereits vor einigen Jahren hatten wir angeregt, ein lokales Bündnis für Familien zu initiieren. Diesen Gedanken wollen wir wieder aufgreifen und mit einem entsprechenden Beitrag im HH unterlegen. Die Frage, wie Familienpolitik auszusehen hat, wird hier im Rat sehr kontrovers diskutiert. Etwas verkürzt sieht das so aus, dass CDU und UWG zu der Auffassung neigen, Familienpolitik bestünde zu einem Gutteil aus direkter finanzieller Förderung, z. B. durch Geburtsprämien und Gutscheine. Unserer Auffassung nach besteht Familienpolitik im Kern aus der Schaffung von familienfreundlichen Strukturen. Nur, diese Diskussion findet allein im Stadtrat statt. Diejenigen, die es betrifft, sind daran nicht beteiligt und werden nicht gehört. Wenn man den eigenen Anspruch ernst nimmt, eine familienfreundliche Stadt zu sein, dann reicht es nicht aus, über Familien zu reden, dann muss man mit ihnen reden.“

Nach Abschluss der Haushaltsreden werden die Einzelanträge in der Reihenfolge der Haushaltssystematik zur Beratung gestellt.

01. Förderung erneuerbarer Energien P 110601 K 52910

-Antrag UWG-Fraktion, Kosten 30.000 €

Hierzu entwickelt sich eine längere Diskussion in deren Verlauf Herr Poggel für die CDU erklärt, sich einem Anlaufbetrag von 10.000 € anschließen zu können. Mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse erklärt Herr Berls die Zustimmung der UWG.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, zur Förderung erneuerbarer Energien 10.000 € in den Haushalt einzustellen.

02. Erneuerung Hallenboden Turnhalle Gleidorf P 210101 K 52110

-Antrag der SPD-Fraktion, finanziell nicht beziffert

Der Antrag ist von der Verwaltung im Rahmen einer Prioritätenliste zu bewerten.

03. Absenkung Beiträge Ganztagsgrundschule P 210101 K 44880

-Antrag der UWG-Fraktion, Kosten ca. 5.000 €

Hierzu schlägt Herr Guntermann vor, zunächst die von der Caritas vorzulegenden Ergebnisse abzuwarten und das Thema im Ausschuss zu behandeln, wenn der Bericht der Caritas vorliegt. Im Grunde dürfe das aber am Geld nicht scheitern. Herr Schrewe schließt an, dass derzeit 18 Kinder in der Betreuung sind. Darunter sind zwei Härtefälle, wo auch geholfen wird. Herr Falke erklärt, dass aus seiner persönlichen Sicht die Beiträge zu hoch sind. Das Problem liege aber nicht allein bei den Kosten, man müsse sich dem gesamten Thema mal widmen. Von Herrn Berls wird abschließend ausgeführt, wenn es so ist wie von Herrn Guntermann dargelegt und keine zusätzlichen Mittel benötigt würden, das Thema dann ohne zusätzliche Mittel an den Fachausschuss zu geben.

Es besteht Einvernehmen, das Thema im Fachausschuss zu behandeln. Der Antrag ist aktuell nicht haushaltsrelevant.

04. Anhebung Zuschuss Kulturelle Vereine P 250101 K 53180, + 15.000 €
u.

05. Anhebung Sportförderung P 420104 K 53180, + 10.000 €
-Anträge der BFS-Fraktion

Herr Klauke begründet die Anträge nochmals kurz.

Bei sieben Ja-Stimmen werden die Anträge mehrheitlich abgelehnt.

06. Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr P 360101 K 43210 + P 360102 K 43210
-Antrag der SPD-Fraktion

Herr Pröpper führt zu diesem Antrag aus, dass aktuell nur zwei Kinder nicht in den Kindergarten gehen. Die Anmeldezahl liegt damit bei 100 % und kein Kind gehe aus wirtschaftlichen Gründen nicht in den Kindergarten. Warum wolle man auf 200.000 € verzichten. Der Antrag von Herrn Falke habe zur Folge, man entlaste nicht die Armen, sondern die Reichen.

Herr Falke erklärt, den Antrag in den Jugendhilfeausschuss einzubringen.

07. Neugestaltung Kindergartenbeiträge P 360101 K 43210 + P 360102 K 43210
-Antrag der UWG-Fraktion, rd. 10.000 € Mindereinnahme

Herr Berls betont, dass die UWG hier grundsätzlichen Handlungsbedarf sieht.

In seinen Ausführungen weist Herr Pröpper darauf hin, dass die Kindergartenbeiträge bis 31.07. per Satzung festgesetzt sind. Ab 1.8. müsse man eine neue Satzungsregelung treffen oder die bestehende Satzung fortschreiben. Weiter nimmt Herr Pröpper zu den Ausführungen von Herrn Berls im Rahmen der Haushaltsrede Stellung. Die CDU wolle keine Kindergärten und Gruppen schließen. Man müsse aber doch sehen, dass bis 2009 es 235 Kinder weniger sein werden, damit fallen 9 Gruppen weg. Er müsse daher hier der Darstellung, die CDU wolle Kindergärten schließen, nachdrücklich widersprechen.

08. Begrüßungsgeld für Neugeborene P 360201 K 53390
-Antrag der UWG-Fraktion, Kosten 90.000 €

Herr Berls weist darauf hin, dass es andere Kommunen gibt, die ein Begrüßungsgeld für Neugeborene geben. Das wäre ja auch lediglich eine symbolische Geste, für 300 € könne man kein Kind kleiden und ernähren. Es gehe darum, dass es mehr wäre als ein Blumenstrauß zu einem Altersjubiläum. Vom Jugendamt erwarte man, dass es in die Familien gehe und in den Kindergarten.

Hierzu stellt Herr Pröpper dar, dass er Herrn Berls im Vorfeld schon gesagt habe, dass der UWG-Antrag reiner Aktionismus sei.

Herr Falke erklärt zu dem Antrag, dass er Herrn Berls fast zustimmen könnte. Es wäre sicherlich richtig dass das Jugendamt in die Familien gehe, aber man müsse dabei doch auch genau abwägen. Weiter führt er aus, dass Herr Berls es selbst auf den Punkt gebracht habe: Geste der Symbolik.

Bei vier Ja-Stimmen und einer Stimmenhaltung wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

09. Kommunales Bündnis für Familien P 360301 K 52910

-Antrag der SPD-Fraktion, Kosten 10.000 €

Von Herrn Falke ausgeführt, man diskutiere Familienpolitik in den verschiedensten Varianten. Man diskutiere über Familien aber nicht mit Familien. Es gebe andere Kommunen, in denen es solche Bündnisse gibt.

Herr Pröpper führt hierzu aus, dass es sicherlich richtig ist, in verschiedenen Dingen in die Diskussion einzusteigen, aber warum müsse das gleich mit Geld hinterlegt werden. In der Sache könne er zustimmen, dass das Thema diskussionswürdig ist.

Bei fünf Ja-Stimmen und vier Enthaltungen wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

10. Umgestaltung Kurpark Schmallenberg P 410101 K 52110

Antrag der UWG-Fraktion, Kosten 3.000 €

Der Antrag wird im Bezirksausschuss mitbehandelt, ohne dass eigene Haushaltsmittel eingestellt werden.

11. Maßnahmen Sturmschadensbegrenzung P 570102 K 52910 + P 540103 K 52910

-Anträge CDU, SPD, BFS, Kosten 100.000 €

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, den Betrag von 100.000 € in den Haushalt einzustellen.

12. Wirtschaftsförderung P 570101 K 52910

-Antrag CDU-Fraktion, Kosten 50.000 €

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, den Betrag von 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

13. Aufstockung altes Feuerwehrgerätehaus Schmallenberg

-Antrag der UWG-Fraktion

Der Antrag soll lt. Erklärung von Herrn Berls heute nicht mehr zur Abstimmung kommen.

14. Errichtung Öffentliche Toiletten P 110601 M 402 K 78510

-Antrag der UWG-Fraktion, Kosten ca. 10.000 €

Herr Berls betont, dass die UWG hier immer noch Handlungsbedarf sieht. Dem hält Herr Poggel entgegen, dass das Thema ja schon seit Jahren berührt. In Fredeburg bspw. habe man eine öffentliche Toilette. Zudem wäre das Thema ja auch nicht ganz unumstritten. Man sollte das in den örtlichen Gremien diskutieren. Herr Klauke schließt an, öffentliche Toiletten zu unterhalten wäre ja auch nicht ganz billig. Hier sollte man den Kontakt zu Privaten suchen und den Hinweis auf das Rathaus und die Stadthalle geben. Herr Berls spricht an, dass das ja auch schon wiederholt Thema im Bezirksausschuss Schmallenberg war. Die von Herrn Klauke genannten Einrichtungen stehen aber am Wochenende nicht zur Verfügung. Das Thema sollte aufgearbeitet werden, so Herr Berls abschließend.

Haushaltsmittel werden nicht eingestellt.

15. Vorziehen Maßnahme Feuerwehrgerätehaus Gleidorf P 120502 M 403 K 78510

-Antrag der SPD-Fraktion, Planung 2008, Kosten 10.000 €

Von Herrn Falke wird dargelegt, dass die Priorität unstreitig wäre: Der Neubau in Grafschaft habe Vorrang. Aber auch in Gleidorf stehe man im Wort. Die Planung für 2008 und den Bau für 2009 vorsehen, das wäre ein logischer Weg. Herr Schrewe bringt als Kompromissvorschlag ein, vielleicht könne hier der Brandschutzbedarfsplan helfen, der derzeit überarbeitet wird. Evtl. könnte man das dort aufnehmen. Der Vorschlag wird einvernehmlich angenommen, ohne Mittelbereitstellung.

16. Einrichtung Bolz- und Spielplatz Schmallenberg Unterstadt

-Antrag der UWG-Fraktion

Der Antrag wird als erledigt betrachtet.

17. Errichtung Bikepark P 360203 M 701 K 78180

-Antrag der UWG-Fraktion, Kosten 5.000 €

Herr Berls spricht an, ob hier evtl. auch eine Förderung über das ILEK möglich wäre. Weiter führt er aus, das Thema auch im Bezirksausschuss Fredeburg zu diskutieren.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, den Betrag von 5.000 € in den Haushalt einzustellen.

18. Erhöhung Zuschuss Erweiterung Sportheim Bödefeld P 420101 M 102 K 78180

-Antrag der BFS-Fraktion, zusätzlich 15.000 €

Der Antrag wird von Herrn Klauke kurz begründet. Der TuS war davon ausgegangen, man bekomme 75.000 € Zuschuss, sie wären aber auch mit 45.000 € zufrieden. Hierzu erklärt Herr Guntermann, dass die CDU den Ansatz für ausreichend hält. Die Landesförderung ist ausgelaufen und die Kommune könne nicht die 100% des Landes übernehmen.

Bei drei Gegenstimmen beschließt die Stadtvertretung, den Ansatz nicht zu erhöhen.

19. Verpflichtungsermächtigung 2007 für Rutsche SauerlandBAD

-Antrag der UWG-Fraktion

Der Antrag ist erledigt.

20. Realisierung Behindertenlifter SauerlandBAD P 420102 M 701 K 78530

-Antrag der UWG-Fraktion, Kosten rd. 5.000 €

Von Herrn Poggel wird darauf hingewiesen, dass das eigentlich Sache der GmbH wäre. Zudem glaube er auch nicht, dass ein solcher Lifter notwendig wäre. Das Personal wäre sicher in der Lage, hier behilflich zu sein. Er kenne auch weit und breit kein Bad in der Nähe, das einen solchen Lifter habe. Er denke, hier sei eher persönliche Hilfe gefragt. Herr Halbe ergänzt, dass er die Thematik in früheren Jahren auch schon mal mit Herrn Bange diskutiert hatte.

Bei vier Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

21. Erhöhung Ansatz große Straßeninstandsetzung P 540101 M 652 K 78520

-Antrag der BFS-Fraktion, zusätzlich 50.000 €

Herr Klauke begründet den Antrag nochmals kurz und weist unter Bezug auf die Haushaltsrede von Herrn Poggel darauf hin, dass es die „Golfplätze“ immer noch gibt. Lt. Herrn König ist es in diesem Jahr so, dass konkrete Straßenbaumaßnahmen in Höhe von 2,4 Mio. € veranschlagt sind. Etliche davon hätte man durchaus auch unter Instandsetzungsmaßnahmen packen können, wie bspw. die Brücke in Hundesossen mit 150.000 €. In diesem Jahr werde insgesamt wesentlich mehr getan als in früheren Jahren. Herr K.-H. Schmidt verweist auf einen Instandsetzungstau und es müsse doch irgendeine Bewandnis haben, warum die bis 2009 veranschlagten 200.000 € nun um 50.000 € gekürzt werden. Herr König verweist auf seine vorherigen Ausführungen und er glaube nicht, dass es einen großen Stau gibt.

22. Erweiterung Straßenbeleuchtung in Problembereichen P 540105 M 101 K 78170

-Antrag der BFS-Fraktion, zusätzlich 10.000 €

Die Anträge **21** u. **22** werden bei sieben Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Nachdem die Beratung der Einzelanträge abgeschlossen ist, wird die Sitzung zur Vorbereitung der Beschlüsse für zehn Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung führt Herr Berls aus, die UWG habe einige Wünsche vorgetragen, einigen Wünschen konnte die Mehrheit zustimmen, einigen nicht. Er hoffe, dass man bspw. im Umweltbereich in diesem Jahr schon zu Ergebnissen komme. Die UWG werde dem Haushalt zustimmen.

Vor der Abstimmung verliest Kämmerer König den Text der zu fassenden Beschlüsse. Die Differenz im Finanzplan beläuft sich auf Minus 1.641.782,-- €.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

a) Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007

Auf Grund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung beschließt die Stadtvertretung folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der **Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007**, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	38.064.016,-- €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	39.148.094,-- €

im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	34.405.638,-- €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	34.898.590,-- €

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.756.370,-- €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.905.200,-- €

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

10.000 €

festgesetzt.

§ 4

Die **Verringerung der Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf

1.084.078,-- €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

2.500.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2007 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	190 v.H.
---	----------

1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	370 v.H.
--	----------

2. Gewerbsteuer	400 v.H.
------------------------	----------

b) Beschluss des Ergebnis- und Finanzplans für die Jahre 2008- 2010

Die Stadtvertretung beschließt den Ergebnisplan für die Jahre 2008 - 2010 mit einer Höhe von

- 376.681,-- € für 2008
- 96.881,-- € für 2009
- 345.269,-- € für 2010

und den Finanzplan für die Jahre 2008 – 2010 mit einer Höhe von

- 712.760,-- € für 2008
- 834.020,-- € für 2009
- 1.210.010,-- € für 2010

c) Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2007

Die Stadtvertretung beschließt den Stellenplan in der vorgelegten Fassung.

Nach der Beschlussfassung dankt Bürgermeister Halbe für die einstimmige Verabschiedung des Haushalts. Das wäre sicherlich eine gute Grundlage für die Arbeit in 2007.

TOP 8 Änderung des Betriebsführungsvertrages mit der Akademie Bad Fredeburg Bewirtschaftungsgesellschaft mbH Vorlage VII/629

Der Sachverhalt ist in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, der entsprechend der Vorlage votiert hat.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Bei drei Gegenstimmen mehrheitlicher Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt dem 1. Nachtragsvertrag zum Betriebsführungsvertrag mit der Akademie Bad Fredeburg Bewirtschaftungsgesellschaft mbH in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung zu.

TOP 9 Abschluss eines neuen Betriebsführungsvertrages mit der Sauerland-BAD GmbH Vorlage VII/631

Der Sachverhalt ist in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, der entsprechend der Vorlage votiert hat.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt dem Abschluss des mit Vorlage VII/631 vorgelegten neuen Betriebsführungsvertrages zwischen der Stadt Schmallenberg und der SauerlandBAD GmbH zu.

TOP 10 Übernahme einer Wegeteilfläche im Stadtteil Menkhausen von der Teilnehmergeinschaft Berghausen durch die Stadt Schmallenberg und Änderung des Flurbereinigungsplanes Berghausen vom 06.05.1971 - 21 62 01 -;
- Satzungsbeschluss **Vorlage VII/615**

Herr Berls nimmt an der Beratung und Beschlussfassung wegen Interessenkollision nicht teil.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, der einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlag empfohlen hat.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Satzung über die Änderung des Flurbereinigungsplanes Berghausen - 21 62 01 - vom 06.05.1971 und das Wegeteilstück Gemarkung Berghausen Flur 2 Nr. 39 tlw. in Größe von ca. 210 m² der Stadt Schmallenberg kostenlos bei Übernahme der Nebenkosten zu übertragen.

TOP 11 Nachbesetzung in Ausschüssen und Drittorganisationen **Vorlage VII/637**

Der Sachverhalt ist in der Vorlage dargestellt.

Im Nachgang zur Vorlage hat Herr Welfens auf die Funktion als Stellvertreter für Frau Inke Carmesin im Bezirksausschuss Bad Fredeburg verzichtet, womit auch diese Position neu zu regeln ist.

Herr Falke trägt sodann die Benennung der SPD vor:

Vertreter HFA Wilfried Welfens

Mitglied JHA Wilfried Welfens
 dadurch wird die bisherige Position von Herrn Welfens frei.
 Dafür: Ernst Grimberg, Im Rübenkamp 7, Grafschaft

Mitglied RPA Wilfried Welfens

Beirat AHA Dirk Sassenroth
 Vertreter: Wilfried Welfens

Bezirksausschuss Bad Fredeburg

Vertreterin für Inke Carmesin: Ulrike Vollmer, Am Weißen Stein 17

Von der CDU wird für die Nachbesetzung im *Bezirksausschuss Bödefeld* als Stellvertretung für Herrn Manfred Ochsenfeld Frau Karina Feldmann-Knoche, Westernbödefeld, Zur Linde 2, benannt.

Für die vakante Stellvertretung von Herrn Josef Rinke im Ausschuss für Schule, Sport, Soziales und Kultur wird seitens der CDU der Vorschlag in einer späteren Sitzung erfolgen.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung bestellt für den bzw. die

Haupt- und Finanzausschuss

Herrn Wilfried Welfens als Stellvertreter für Herrn Hermann-Josef Falke

Jugendhilfeausschuss

Herrn Wilfried Welfens als ordentliches Mitglied (Gruppe Ratsmitglieder)

Herrn Ernst Grimberg als ordentliches Mitglied
(Gruppe in der Jugendarbeit erfahrene Männer u. Frauen)

Rechnungsprüfungsausschuss

Herrn Wilfried Welfens als ordentliches Mitglied

Ausschuss für Schule, Sport, Soziales und Kultur

Ersatzbestellung erfolgt später

Bezirksausschuss Bad Fredeburg

Frau Ulrike Vollmer als Stellvertreterin für Frau Inke Carmesin

Bezirksausschuss Bödefeld

Frau Karina Feldmann-Knoche als Stellvertreterin für Herrn Manfred Ochsenfeld

Akademie Bad Fredeburg Bewirtschaftungsgesellschaft mbH

Herrn Dirk Sassenroth als Beiratsmitglied und
Herrn Wilfried Welfens als dessen Vertreter

TOP 12 Geplanter Galerieanbau am Westfälischen Schieferbergbau- und Heimatmuseum Holthausen Vorlage VII/595

Der Sachverhalt ist in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Fachausschuss.

Hierzu entwickelt sich eine kurze Diskussion. Herr Hoffmann verweist auf die in der Vorlage beschriebene überregionale Bedeutung des Museums, was dann auch überregional finanziert werden müsste. Herr Falke weist darauf hin, dass hier auch die Folgekosten auf den Tisch müssten. Von Herrn Poggel wird dargelegt, dass die CDU sich sehr lange mit dem Thema beschäftigt habe, sich letztendlich aber angesichts der erheblichen Förderung durch Dritte entschieden habe, dann doch den städt. Anteil beizutragen. Herr Berls spricht an, dass das Museum auch bei der UWG sicherlich ein Reizthema wäre. Bei der genannten finanziellen Förderung könne man dem hier aber zustimmen. Herr Schrewe verweist auf den mit dem Museumsverein abgeschlossenen Betriebsführungsvertrag, der auch dem Haus-

haltsstrukturkonzept unterliegt. Weiter weist er darauf hin, dass man bislang in Holthausen ohne hauptamtliche Kraft auskommt, aber seinerzeit bei der Einstellung von Herrn Senger bereits erklärt wurde, dass dieser mit einem Stellenanteil für das Museum arbeiten wird.

Bei einer Gegenstimme und fünf Stimmenthaltungen mehrheitlicher Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt auf Grundlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Sport, Soziales und Kultur vom 05.12.2006 der Erweiterung des Westfälischen Schieferbergbau- und Heimatmuseums Holthausen durch einen Anbau an das vorhandene Museumsgebäude zu.

**TOP 13 Vergabe einer Straßenbezeichnung im Stadtteil Fleckenberg
- Baugebiet "Am Schede" Vorlage VII/626**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Fachausschuss.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss:

Für das Baugebiet „Am Schede“ im Stadtteil Fleckenberg wird die Straßenbezeichnung „Unter dem Schede“ vergeben.

**TOP 14 Vergabe von Straßenbaumaßnahmen
- Übertragung der Vergabezuständigkeit auf den Technischen Ausschuss Vorlage VII/639**

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung ergänzend zur Tagesordnung genommen.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung ermächtigt den Technischen Ausschuss, die Aufträge für die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen zu vergeben.

1. Ausbau der „Dorfstraße“ in Menkhausen
2. Endausbau der Straße „In der Schlade“ in Westfeld
3. Ausbau der „Latroper Straße“ in Fleckenberg (1. BA)
4. Ausbau der Straße „Auf dem Ohle“ in Fleckenberg
5. Ausbau der Straße „Am Bahnhof“ in Schmallenberg
6. Ausbau der Straße „An der Robbecke“ in Schmallenberg

**TOP 15 Antrag auf Einrichtung eines Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus,
Strukturförderung und Stadtmarketing
- Antrag der SPD-Fraktion**

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 06.02. zugeleitet.

Herr Halbe nimmt Bezug auf das Thema „Gesundheitsarena“ im letzten HFA. Die dortigen Vorwürfe hätten ihn schon sehr getroffen. Ziel war, den Ausschuss möglichst frühzeitig zu informieren. Von Herrn Falke wird darauf verwiesen, dass genau das das Dilemma zeigt: Die Themen werden informiert, aber man beschäftigt sich nicht damit. Herr Poggel erklärt, dass die CDU zu dem Antrag eine andere Meinung habe.

Einstimmiger Beschluss:

Der Antrag wird zur Fraktionsberatung verwiesen.

TOP 16 Verschiedenes

Hierzu ergeben sich keine Wortmeldungen.